

Und nicht über und nicht unter anderen Völkern woll'n wir sein

Von der Protestveranstaltung des OKV

Wolfgang Kroschel

„Freunde, Genossen, liebe Schwestern und Brüder“, begann Prof. Heinrich Fink seine Rede, nachdem der Vorsitzende des OKV, Prof. Siegfried Mechler, die alljährlich am 3. Oktober stattfindende Protestveranstaltung in Berlin eröffnet hatte.

„Schwestern und Brüder“ ist die Formel bei Gottesdiensten und der Bundesvorsitzende der VVN/BdA bekannte, dass diese Anrede Absicht sei, denn das Bündnis gegen Faschismus umfasse auch gläubige Menschen, von denen sich auch welche im Saal befänden. Der Theologe ist ein Freund klarer Sprache. Und so verwies er auf schwammige Begriffe, wie „Neofaschismus“ u.ä., sondern sagte: „Es ist Faschismus, man muss ihn so nennen“, der sich allenthal-

Der Antifaschist, der oft an den Brennpunkten des Kampfes ganz vorn zu finden ist, hat seine eigenen Erfahrungen damit, wie rigide diejenigen behandelt werden, die für Artikel 139 GG eintreten.

Mit künstlerischem Wort und Lied ergänzte Dieter Dehm, MdB, Fraktion DIE LINKE gemeinsam mit Michael Lenz die Ausführungen von Prof. Fink, der übrigens von allen Akteuren des Vormittages mit Worten der Hochachtung bedacht wurde. „Wenn die Kämpfer gegen das Unrecht besiegt sind, hat das Unrecht doch nicht Recht!“ Dieser Satz führte die Gedanken zu denen, die wegen ihres antifaschistischen Engagements auf verschiedene Weise die Instrumente des Rechtsstaates zu spüren bekom-



ben in der Bundesrepublik etabliert. Es komme darauf an, den Schwur von Buchenwald lebendig zu erhalten und die Würde der Opfer des Faschismus in die Menschenrechtsdiskussion einzubeziehen.

Der Artikel 139 des Grundgesetzes legt fest, dass die Nürnberger Gesetzgebung fortbesteht und schon dadurch ist der Faschismus verboten, egal unter welcher Bezeichnung oder Organisationsform er auch heute auftritt. Deshalb ist das Verbot der NPD unsere Aufgabe, wie auch das Verbot des Verfassungsschutzes notwendig sei. Es habe sich erwiesen, dass durch diesen der NSU geschützt und Antifaschisten verfolgt werden.

men. Sei es das 80jährige Rentnerpaar oder ein 20jähriger Antifaschist in Untersuchungshaft.

Die Veranstaltung machte deutlich, dass Menschenrechte, sozialistische Ideale und Antifaschismus miteinander verbunden sind und schließlich die Haltung zu Krieg und Frieden bestimmen.

Gabriele Senft hat als Journalistin die Auswirkungen des Angriffskrieges gegen Jugoslawien an Ort und Stelle studiert, bei der erstmals das „vereinigte“ Deutschland mitmachen durfte und als Beweis deutscher Gründlichkeit deutsche Piloten zu Pfingsten 1999 zwei Mal die Brücke von Vavarin bombardierten, als Teilnehmer des Festgottesdienstes nach Hause

gehen wollten und einige nicht mehr ankamen. Wie das Schandkapitel ein rundes Jahrzehnt später, als ein deutscher Oberst in Kundus den Bombentod von über 100 Afghanen verfügte.

Die professionell gestaltete Video-Präsentation sorgte in konzentrierter Form dafür, dass die Redner in ihrer Lebens- und Kampfwelt vorgestellt wurden, bevor sie jeweils unmittelbar danach das Wort ergriffen.

So war aus Dortmund Markus Bernhardt, ein Journalist und Autor, gekommen, der aktuelle antifaschistische Aktivitäten vorstellte, aber auch kritisch auf verschiedene Tendenzen in der linken Bewegung hinwies. Beispielhaft führte er das eifrige Bestreben bestimmter Formationen an, die mit aller Gründlichkeit den „Stalinismus“ anprangern, dabei der Kampf gegen die Nazis „vergessen“ werde. Er meinte nicht die Stiftung, sondern deren Namensgeberin, wenn er sie zitiert: „Tapfer, unverzagt, lächelnd“.

So einer ist Dr. Hans Erxleben, linker Abgeordneter in der BVV Berlin Treptow-Köpenick, der dort mit offenem Visier gegen die „braunte Straße Berlins“ mit ihren Nazi-Stützpunkten kämpft. Als „Quittung“ warf man ihm bereits die Fensterscheiben ein und sprengte seinen Briefkasten. Dr. Erxleben hat Verbündete in seinem Kampf, stellt aber auch Gleichgültigkeit und sogar Angst gegenüber den offenen faschistischen Provokationen fest. „Schweigen und Toleranz ist ebenso schlimm wie rechtes Agieren.“ Der Verfassungsschutz teilte ihm mit, dass es keine Gefährdung seiner Person gäbe. Da liegt Tragik und Komödie dicht beieinander. Ein gutes Wort von ihm: er sei Verfassungsschützer, wenn auch kein V-Mann. Denn er schütze das Grundgesetz vor seinen Angreifern, den Nazis.

Schließlich erläutert Victor Grossman, der „Deserteur“ der US-Armee in der Hochzeit des Kalten Krieges und gelernter (DDR-) Journalist, Höhe- und Tiefpunkte der weltweiten Occupy-Bewegung in aller Welt. Eine zahlenmäßig bedeutende Erhebung der 99% gegen die 1% Regierenden. Wie auch die Massenproteste in Spanien, Portugal, Griechenland treten sie gegen das Diktat der Finanzmärkte auf.

„Man kann nicht jeden Kampf gewinnen,“ resümiert der außerordentlich aktive und bekannte Journalist. Welcher Englisch lernende DDR-Schüler hat nicht seinen „German Democratic Report“ gelesen“?

Peter Bause schließlich versetzte das Publikum in unterschiedliche Stimmungslagen und das immer mit antifaschistischem Tenor. Nicht weil er Schauspieler ist: ihm ist diese Geisteshaltung ans Herz gewachsen und daher kam sie auch.

„Anmut sparet nicht, noch Mühe...“, diese leider verhinderte deutsche Nationalhymne, lud zum gemeinsamen Abschlussgesang ein. Wollen wir beides nicht sparen, damit ein wirklich gutes Deutschland blühe, vor dem die Völker nicht erleichen.



Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden e. V.

Menschenrechte erkämpfen – sozialistische Ideale verteidigen – gemeinsam gegen Faschismus

Willenserklärung

Die Teilnehmer der Protestveranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. fordern am Jahrestag des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik Deutschland die Verwirklichung der Menschenrechte in ihrer Gesamtheit in der Bundesrepublik. Es geht dabei vor allem um das Menschenrecht auf Frieden sowie um die Sicherung von Existenzrechten und den Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung. In den 22 Jahren seit der staatlichen Vereinigung hat keine Regierung der Bundesrepublik die vollmundigen Versprechungen an ihre Bevölkerung erfüllt. Obwohl der Abwanderungsstrom vor allem gut ausgebildeter junger Menschen von Ost nach West in den letzten 22 Jahren auf ca. 3 Millionen geschätzt wird, ist im Osten nur wenig für die ökonomische Entwicklung getan worden. Von Angleichung der Lebensverhältnisse kann keine Rede sein. Die Bürger in den ostdeutschen Ländern werden weiter sozial und politisch diskriminiert. Das reicht von einer doppelt so hohen Arbeitslosigkeit über Billigjobs und Rentenungerechtigkeit bis zum Missbrauch der Rente als Strafe und die Verleumdung ihrer sozialistischen Ideale.

Während sich die Bundesregierung damit brüstet, dass die Bürger- und politischen Rechte garantiert seien und anderen Ländern die Nichtbeachtung der Menschenrechte zum Vorwurf macht, lehnt sie es zugleich ab, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte im eigenen Lande voll durchzusetzen. Kritik an diesem Zustand in den abschließenden Bemerkungen des UNO-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 20. Mai 2011 wird nicht einmal veröffentlicht. Außer der Partei Die Linke ist keine im Bundestag vertretene Partei bereit, über Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik zu diskutieren. Die Diskriminierung des Ostens wird kaum zur Kenntnis genommen, aber beharrlich weiter betrieben. Zugleich treffen die wachsende Polarisierung und daraus resultierende Benachteiligungen nicht nur den Osten. Sie gelten in wachsendem Maße für die ganze Bundesrepublik Deutschland.

Wir fordern deshalb:

- Schluss mit Kriegseinsätzen und Waffenexporten der Bundesrepublik;
- Aktiver Einsatz der Bundesrepublik zur Lösung

von internationalen Streitfragen mit politischen Mitteln;

- Entschiedener Kampf gegen jegliche faschistische Aktivitäten - Verbot der NPD;
- Beendigung der Diskriminierung von Bürgern wegen ihrer Loyalität zur DDR;
- Angleichung der Lebensverhältnisse in den ostdeutschen Ländern;
- Existenzsichernde Arbeit, Abschaffung von Billigjobs und Aufstockerlöhnen;
- Gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums;
- Angleichung des Rentenwertes Ost an den aktuellen Rentenwert und Abschaffung aller diskriminierenden Rentenformen, vor allem der Strafrenten.
- Entschiedene Verhinderung von Altersarmut;
- Gleiche Bildungschancen für alle Bürger unabhängig vom Einkommen der Familie.

Alle Menschenrechte für alle Menschen!

Zwischenruf

Der kalte Hauch des Kommunismus wehte wohl durch das Ressort von Arbeitsministerin von der Leyen und pustete Eisblumen an die Fenster. Die fügten sich zu einem Satz zusammen und fielen in den Entwurf für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: "Die Bundesregierung prüft, ob und wie über die Progression in der Einkommenssteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann."

„Linksrhetorik pur“, grummelte Finanzstaatssekretär Kampeter ins Bildblatt hinein.

„Noch mehr Umverteilung“, ließ Wirtschaftsminister Rösler wissen, sei für das Ministerium „nicht zustimmungsfähig.“ Und überhaupt lehne man „Forderungen nach höheren Steuern für die, die den Sozialstaat finanzieren“ rundweg ab.

Und das ist nur gerecht. Schließlich soll die eine Hälfte der Gesellschaft, die nur ein Prozent des Gesamtvermögens besitzt, sich mal ein bisschen Mühe geben, damit sie in die Ehrenloge der zehn Prozent aufsteigt, die 53 Prozent der Kohle im Keller bzw. in den Tresoren befreundeter Staaten stapeln

„Reichtum für alle“, forderte kühn vor drei Jahren Wahlkämpfer Gregor von den Plakaten.

Bertolt Brecht fasste einst den Sachverhalt so zusammen: „Reicher Mann und armer Mann stehen da und seh'n sich an. Da sagt der Arme bleich „Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich.“

Kurz und verständlich. Ob es Absicht war?

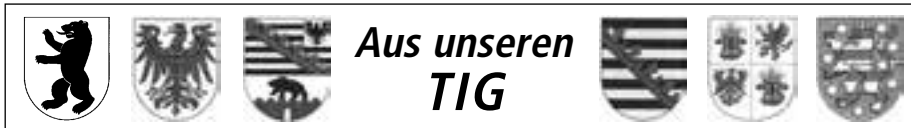
w.k.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand beschäftigte sich mit der Auswertung der ersten, ausnahmslos positiven Reaktionen auf die Versendung des Buches von Prof. Dr. Dr. Merten „Probleme gruppengerechter Versorgungsüberleitung“ an Politiker, Wissenschaftler, Rechtsanwälte und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Auch in unseren TIG erfährt das Buch als überzeugendes wissenschaftliches Werk eine hohe Wertschätzung. Es stärkt die Zuversicht im Hinblick auf die weitere Behandlung unserer Verfassungsbeschwerden vor dem Bundesverfassungsgericht.

Der Vorstand beschloss, angesichts des anhaltend großen Interesses an diesem Buch, sich mit der Bitte um eine zweite Nachlieferung an den Verlag zu wenden.



Am 30.08.2012 fand eine erweiterte Vorstandssitzung der TIG **Rostock** statt.

Auf dieser Sitzung konnten wir mit Freude den Vorsitzenden von ISOR Horst Parton bei uns begrüßen. Außerdem nahmen der Landesbeauftragte Siegfried Felgner und die Betreuer der TIG teil.

Dabei wurde unser Freund **Horst Becker** vom Vorsitzenden der ISOR als Beiratsmitglied verabschiedet. Horst Becker war über 20 Jahre, davon 6 Jahre als Beiratsmitglied aktiv tätig und muss leider aus gesundheitlichen Gründen aus seiner Funktion ausscheiden. Den Verlust seiner Mitarbeit bedauern wir. Horst Parton bedankte sich für die von Horst Becker geleistete Arbeit im Beirat und wünschte ihm, entsprechend den Umständen, bestmögliche Gesundheit.

Mit großem Interesse verfolgten die Beteiligungsteilnehmer den Ausführungen des Vorsitzenden, der uns mit der gegenwärtigen Situation vertraut machte. Obwohl Bekanntes dabei war, war es interessant ihm zuzuhören.

Horst Parton ging nochmals auf die rentenrechtliche Arbeit von ISOR ein und betonte, dass die Bundesregierung ihr Wahlversprechen, die Rentenangleichung Ost an die Rentenwerte West in dieser Legislaturperiode vorzunehmen, unter fadenscheinigen Begründungen nicht einhält. Es ist seit längerer Zeit spürbar, dass die Angriffe auf den Sozialstaat zunehmen. Die auftretenden Lasten werden immer stärker auf die sozial Schwachen abgewälzt und das nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Er verwies darauf, dass außer den zwei Verfahren, die dem Senat des Bundesverfassungsgerichtes zur Klageannahme vorliegen, vom Rechtsanwaltsbüro Bleiberg insgesamt ca. 26.000 Verfahren unserer Mitglieder auf verschiedenen Gerichtsebenen betreut werden.

Er erläuterte, dass mit viel Aufwand die Einkommensverhältnisse der NVA, des Mdl und des MfS geklärt und damit neue rechtserhebliche Tatsachen für das Gutachten geschaffen wurden.

Bezüglich der möglichen Dauer für ein endgültiges Urteil seitens des BVerfG verwies er darauf, dass wir bis zum Entscheid in unserem ersten Verfahren neun Jahre warten mussten und er rechnet diesmal mit ca. ein bis zwei Jahren.

Horst Parton verwies ausführlich auf das von Prof. Dr. Dr. Merten erstellte Gutachten und das dazu erschienene Buch.

Auf die Partei DIE LINKE eingehend, sagte Horst Parton, diese Partei ist die einzige Partei, die sich sehr stark im sozialen Kampf engagiert und von der wir Unterstützung erwarten können.

Wir haben alles Menschenmögliche getan und müssen weiterhin optimistisch und mit Durchhaltevermögen an die nächsten Aufgaben gehen. Dabei helfen uns besonders die Betreuer, die eine aufopferungsvolle Arbeit leisten und viel zum bisherigen Stand der Arbeit beigetragen haben. Dafür sprach er seinen Dank aus.

Er sagte voller Optimismus: „Der Kampf gegen das Rentenstrafrecht ist eine lösbare Aufgabe.“ **AG Öffentlichkeitsarbeit**

*

Am 15.09.2012 fand das diesjährige nun schon zur Tradition gewordene **Altmark Treffen** der TIG Salzwedel, Stendal, Gardelegen, Tangerhütte, Klütze und Wolmirstedt statt.

Die Veranstaltung stand ganz im Zeichen unseres Kampfes gegen das bestehende Rentenunrecht. Dazu machte Dr. Rainer Rothe vom ISOR-Vorstand für jeden verständliche Ausführungen. Er ermutigte uns mit seinen Worten, den Kampf nicht aufzugeben und weiter geschlossen zusammenzustehen.

Volle Unterstützung erhielten wir auch durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE aus Sachsen-Anhalt.

Als Gäste begrüßten wir Vertreter der Regionalverbände des Bundeswehrverbandes, der Gewerkschaft, der Bundespolizei, des Sozialverbandes Deutschland e.V. und der Volkssolidarität. Vertreter der TIG Magdeburg berichteten über ihre Arbeit, wodurch wir wertvolle Anregungen erhielten.

Die kulturelle Umrahmung dieser zahlreich besuchten Veranstaltung erfolgte durch eine Feuerwehrkapelle aus Niedersachsen und eine Tanzgruppe der AWO aus Salzwedel. Bei Kaffee, Kuchen und Tanz sowie persönlichen Gesprächen endete die Veranstaltung.

Wilfried Romatschke, TIG Salzwedel

*

Es ist in der TIG **Halberstadt** zu einer schönen Tradition geworden, dass wir jährlich mit unseren Mitgliedern und Gästen wie z.B. der Partei DIE LINKE, der GRH und Sympathisanten eine Busfahrt unternehmen.

In diesem Jahr besuchten wir am 05.09.2012 den Storchenhof Loburg und das Schloss Wendgräben. Der Leiter des Storchenhofes Herr Kaatz sowie ein Mitarbeiter, erläuterten uns wie viel Störche mit Sendern ausgerüstet sind, um für Forschungszwecke ihren Flug zu dokumentieren, wie z.B. die Routen nach Afrika und Spanien. Außerdem erfuhren wir, dass die flugunfähigen Störche liebevoll umsorgt und gepflegt werden. Insgesamt war es sehr interessant und informativ.

Letzte Meldung:

Am 27.9.2012 verhandelte das Amtsgericht Berlin-Tiergarten gegen unseren Freund Wolfgang Schmidt wegen „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener“ und verurteilte ihn, dem Antrag der Staatsanwaltschaft weitgehend folgend, zu einer Geldstrafe von 40 Tagessätzen zu 30 € (also 1.200 €).

Einem Pressebericht zufolge („Junge Welt“ 28.9.2012) sprach RA Hans Bauer als Verteidiger von einem „politischen Prozess auf der Grundlage einer konstruierten Anklage“. Von objektiven, historischen Maßstäben gerecht werdender Beurteilung könne keine Rede sein. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. RA Hans Bauer hat inzwischen Berufung beim Berliner Landgericht eingelegt. Der Vorstand von ISOR erklärt seine Solidarität mit Wolfgang Schmidt. **ISOR aktuell** wird über den Fortgang in der Sache informieren.

Das ist aber nur ein Teil unserer Kulturarbeit. Wir haben innerhalb unseres Vorstandes einen Seniorenbeirat, bestehend aus fünf Frauen. Dieser organisiert auf der Grundlage eines Arbeitsplanes monatliche Veranstaltungen für unsere Mitglieder. Dazu gehören Buchlesungen, Vorträge über interessante Themen, Besuch von Firmen und historischen Stätten, aber auch Gratulationen zu Geburtstagen und Krankenbesuche.

Heidi Leistner

*

Den Verlauf der Versammlung der TIG **Prenzlau** bestimmten vor allem Fragen, die mit den eingereichten Verfassungsbeschwerden zum Rentenstrafrecht, dem immer noch bestehenden Niveauunterschied zwischen Ost und West, der Anerkennung der Lebensleistung von DDR-Bürgern, der Unantastbarkeit der Würde des Menschen und auch mit dem beginnenden Wahlkampf auf Bundesebene verbunden waren. Dr. Martina Bunge, MdB der Partei DIE LINKE, Prof. Dr. Horst Bischoff und Dr. Rainer Rothe, stellvertretender Vorsitzender von ISOR waren ebenso herzlich begrüßte Gäste wie Vereinsfreunde aus Waren, Neubrandenburg, Neustrelitz, Passow, Eggesin, Schwedt und Angermünde.

Während der Veranstaltung informierte Prof. Horst Bischoff über den Beschluss des Vorstandes von ISOR, den Vorsitzenden der TIG Prenzlau, Hans-Joachim Möllenberg, mit einer Ehrenurkunde des Vorstandes auszuzeichnen und ihn dadurch für seine langjährige aktive Arbeit als Vorsitzender zu ehren. Hervorgehoben wurde sein Einsatz für eine gute Zusammenarbeit mit den TIG der Nachbarstädte der Uckermark und Mecklenburg-Vorpommern.

Martina Bunge informierte, dass sie 2013 erneut für den Bundestag kandidieren werde und ging auf den seit 22 Jahren währenden

Kampf für eine gerechte Überleitung der Ostrenten ein. Die Regierung habe ihre Hausaufgaben nicht gemacht und die Versprechungen, auch enthalten in der Koalitionsaussage und Absichtserklärungen jüngerer Datums, gebrochen. Martina Bunge, Rentenexpertin der Fraktion DIE LINKE, sprach sich dafür aus, noch in dieser Legislatur nochmals den Antrag der Linksfraktion zur grundlegenden Korrektur der Rentenüberleitung auf parlamentarischem Wege zu beraten. Das Thema der Ostrenten werde für sie ein Wahlkampfthema bleiben. In diesem Zusammenhang unterstützte sie den Vorschlag von Gewerkschaften und Sozialverbänden, die Rentenangleichung innerhalb von vier bis fünf Jahren stufenweise vorzunehmen.

Dr. Rainer Rothe behandelte Fragen zu den Verfassungsbeschwerden, die, flankiert von einem verfassungsrechtlichen Gutachten, neue rechtserhebliche Tatsachen belegen. Das gegenwärtig praktizierte Rentenstrafrecht verletze grundgesetzlich garantierte Rechte auf Menschenwürde, auf Gleichheit und Eigentum. Deshalb haben wir das Grundgesetz auf unserer Seite, betonte der Rechtsanwalt.

Wie können wir den Kampf um Rentengerechtigkeit verstärken? Mit dieser Frage beschäftigte sich Prof. Horst Bischoff. Unsere Unterstützung müsse im bevorstehenden Wahlkampf der Partei DIE LINKE gehören. Deshalb sollten unsere Mitglieder im Wahlkampf dafür sorgen, dass die Kandidaten dieser Partei wieder Mandate für den Einzug in den Bundestag erhalten. Er verwies auf die öffentlich sehr wirksame Petition mit ihren mehr als 73.000 Unterschriften, wodurch das Vierfache der Mitgliederzahl von ISOR erfasst wurde. Das zeige, wie tief die Solidarität bei vielen Bürgern verwurzelt ist.

Daraus erwachse die Notwendigkeit, weiterhin den Schulterschluss und die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Verbänden zu suchen. **Benno Buschalowski**

Aus der Postmappe

Anlässlich des Geburtstages von Dr. Richard Sorge veranstaltete der **Ruth-Werner-Verein** am 22. September eine Gedenkstunde für den hervorragenden Kundschafter und präsentierte einen liebevoll gestalteten Tisch zum Gedenken an Dr. Richard Sorge im Rahmen der bestehenden Ruth-Werner-Ausstellung im Scheunenladen in Carwitz. Eindrucksvoll wurde in dieser gut besuchten Feierstunde sein Leben und Wirken gewürdigt.

Die Zusammenarbeit mit Dr. Richard Sorge war eine besonders prägende Periode in der Kundschaftertätigkeit von Ruth Werner.

Die Gestaltung des Gedenktisches wurde ermöglicht durch großzügige Spenden von

Ausstellungsstücken, überreicht von Besuchern und Freunden. Überraschend wurden auf dieser Veranstaltung die bisherigen Erinnerungsstücke durch weitere Gaben von Teilnehmern erweitert.

Ihnen allen dankt der Verein. Besonders herzlicher Dank gilt der TIG Dresden, die einen großen Teil der jetzt gezeigten Ausstellungsstücke dem Verein überlassen hat.

Die Ruth-Werner-Ausstellung ging am 30. September in die Winterpause.

Auch wenn die Ausstellung nur ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Vereins darstellt, konnte in diesem Jahr wieder ein hohes Interesse an der Ausstellung verzeichnet werden. Festzumachen ist das an hohen Besucherzahlen, vielen Fragen, Bemerkungen und Erinnerungen an Ruth Werner von Gästen, unter anderem von Freunden aus Österreich und England.

Diese positive Bilanz soll mit der Wiedereröffnung im Frühjahr 2013 fortgesetzt werden.

Gerd Lange, TIG Neustrelitz

Bei anderen gelesen

Pressemitteilung 15 / 2012

Bonn, 28.09.2012

Die Menschenrechte Älterer effektiv schützen!

Erklärung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) zum Internationalen Tag der älteren Menschen am 1. Oktober 2012

Die in der BAGSO zusammengeschlossenen Verbände begrüßen, dass die Vereinten Nationen eine Arbeitsgruppe eingesetzt haben, die die Wirksamkeit des bestehenden Menschenrechtssystems in Bezug auf ältere Menschen überprüfen soll. Schutzlücken sehen die Verbände sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene:

In Deutschland wird das Sozial- und Familienrecht dem besonderen Schutzbedarf von – meist hochaltrigen – Menschen, die aufgrund schwerer Pflegebedürftigkeit oder fortgeschrittener Demenzerkrankung in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis zu den Pflegenden stehen, nicht gerecht. Hier braucht es stärkere, insbesondere präventiv wirkende, Schutzmechanismen, vergleichbar den Regelungen des Kinder- und Jugendhilferechts.

In Entwicklungsländern fehlt es häufig am Zugang zu medizinischen Leistungen. Pflegeische Dienste werden nicht oder völlig unzureichend vorgehalten, obwohl auch hier familiäre Unterstützungsnetze schwächer werden. Das Fehlen funktionierender Alterssicherungssysteme bedeutet für viele eine wirtschaftliche Abhängigkeit von den Kindern, die zu einer stärkeren Gefährdung ihrer Rechte beiträgt.

Die Einsetzung eines UN-Sonderberichterstatters zur Lage der Menschenrechte Älterer könnte genaueren Aufschluss über mögliche Schutzlücken geben und überfällige politische Entscheidungen auf nationaler Ebene beschleunigen.

Die vollständige Erklärung finden Sie unter: www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/News/Erklaerung_der_BAGSO_zum_1.10.12.doc

*

Presseinformation der Volkssolidarität Nr. 40/2012 vom 26.09.12:

Schere zwischen Ost und West endlich schließen

„Die deutsche Einheit ist noch nicht vollendet, wie der erhebliche Rückstand der Lebensverhältnisse Ost gegenüber denen in den alten Ländern zeigt“. Das erklärte der Präsident der Volkssolidarität, Gunnar Winkler, am Mittwoch zum von der Bundesregierung beschlossenen jüngsten Bericht zum Stand der deutschen Einheit. „Die Schere zwischen Ost und West ist noch weit auseinander.“

Winkler sagte weiter: „Ohne die Leistungen der Bürger gäbe es nicht die Verbesserungen der letzten Jahre in den neuen Bundesländern. Dennoch ist das für zu viele Ostdeutsche zu wenig erlebbar, wie der Unterschied bei den Lebensverhältnissen zeigt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, insbesondere um Armut von Kindern und Jugendlichen sowie im Alter zu verhindern.“

Der Osten der Bundesrepublik bleibe eine sozialpolitische Herausforderung ersten Grades, betonte der Verbandspräsident „Das belegen Fakten wie rund 40 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnbereich, eine doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie in den alten Ländern, das durchschnittliche Haushaltseinkommen von knapp 80 Prozent des Westniveaus und die ebenfalls deutlich geringeren Alterseinkünfte. Vor allem in den letzten zehn Jahren ist bei der Angleichung der Lebensverhältnisse Ost zu wenig passiert. In vielen Bereichen muss man von Stagnation sprechen, angesichts einer Armutsgefährdungsquote Ost von gut 19 Prozent sogar von Rückschritt.“

Der Präsident der Volkssolidarität hob hervor, dass die Mitglieder seines Verbandes viele Fragen stellen, auf die die Politik seit Jahren keine Antworten gebe. Dafür nannte er Beispiele: „Warum müssen Ostdeutsche niedrigere Mindestlöhne akzeptieren? Warum erhält eine Altenpflegerin Ost im Durchschnitt noch 18 Prozent weniger Lohn als ihre Kollegin West? Warum erreicht die Kinderarmut in einigen ostdeutschen Städten Spitzenwerte? Warum wird die Lebensarbeitsleistung bei einem Rentner im Osten mit einem um über 11 Prozent niedrigeren Rentenwert anerkannt? Warum werden Kindererziehung und Pflege in

der Rente im Osten geringer bewertet als in den alten Ländern?"

Winkler kündigte an, dass die Volkssolidarität die Politik mit diesen Fragen in den nächsten Monaten mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 verstärkt konfrontieren wird. „Versprechungen, die nicht eingehalten werden, sind nicht zu akzeptieren. Uns geht es um Lösungen für die offenen Fragen der Einheit, vor allem im Sozialbereich. Dabei werden wir einfordern, konstruktive Vorschläge, wie sie z. B. für eine schrittweise Angleichung des Rentenwerts Ost auf der Grundlage steuerfinanzierter Zuschläge nach dem ver.di-Modell seit Jahren vorliegen, endlich ernsthaft aufzugreifen.“

Gedenken an Dr. Richard Sorge

Am Mittwoch, dem 7. November 2012, jährt sich der Tag der Ermordung des „Helden der Sowjetunion“ Dr. Richard Sorge, der als Kundschafter des Friedens vor 68 Jahren in Japan hingerichtet wurde.

Die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. ruft ihre Mitglieder und Sympathisanten auf, sich an diesem Tage um 10 Uhr an der Ecke Richard-Sorge-Straße/Weidenweg zu versammeln, wo bis 1990 eine Gedenktafel angebracht war. Bringt Blumen mit!

Lesenswert

Horst Joachimi

Unschuldig schuldig

oder: Die langen Schatten der Geschichte (NORA Verlagsgemeinschaft Dyck & Westerheide Berlin 2012)

175 Seiten, Preis 16,- €
ISBN 978 – 3 – 86557 – 304 – 9

Die Lebensgeschichte von Christin, aufgeschrieben von ihrem Ehemann, steht in ihrer Singularität gleichsam exemplarisch für das Leben von Millionen Menschen im kriegszerrissenen Europa des 20. Jahrhunderts. Ethnische Vertreibungen, von zusätzlichen Verbrechen begleitet, schon im Kindesalter zu erleben (in ihrem Fall aus dem ehemaligen Sudetenland), erzwungene Flucht, politische Verfolgung und Ausgrenzungen prägen Biographien. Ihre eindringliche, personenbezogene Beschreibung zwingt den Leser zu erneuter Nachdenklichkeit und Stellungnahme, auch angesichts ihrer Aktualität.

„Es ist schwer, einen festen Punkt zu finden, den man Heimat nennt“, schreibt sie selbst anstatt eines Epilogs am Ende des Buches. Sie fand eine neue Heimat im Osten Deutschlands, in der späteren DDR, reflektiert aber heute: „Meine Heimat wurde zweimal vernichtet.... Die DDR, die meine neue Heimat geworden war, nahm mir das Trauma der von Deutschen verursachten Vertreibung. ... Doch dann kam die erneute Odyssee über mich. Meiner ersten Vertreibung folgt mit dem Anschluss der DDR an die BRD die zweite ... Sie wurde zur größten ideologisch kommerziell geförderten Abrechnung, die je in einem europäischen Land erfolgte. In kaum vorstellbarer Weise nehmen ehemalige Bürgerrechtler der DDR – die Verletzung der Bürgerrechte hierzulande übersehend – sowie ehrgeizige Historiker mit bemerkenswertem Eifer an der Abrechnung mit der jüngsten Vergangenheit teil. Birthler Knabe und Co. zeigen dabei eine beson-

ders spezifische Intensität. Keinen schert es, dass in der Geschichte der BRD keine vergleichbaren Anstrengungen zur Aufarbeitung der Geschichte 1933 bis 1945 gemacht wurden. Für die BRD war die DDR immer der größere Feind als das Dritte Reich. ... Der bürgerliche Rechtsstaat erfüllt seine antikommunistische Pflicht nach dem Vorbild des Dritten Reiches.“

Bittere Worte, eindringlich mahnende Analogien. Im Kontext mit ihrer bewegenden Lebensgeschichte Sichtweisen, die zu neuem Nachdenken über Zeitgeschichte und ihre Lehren für die Gegenwart auffordern. **H.B.**

Detlef Mauch / Marita Schmidt

Heißes Herz im Kalten Krieg.

Eine Frau beim MfS

RaDe Verlag Detlef Mauch,
Ribnitz-Damgarten 2012)

102 Seiten, Preis 8,- €

Erwerb ausschließlich im Direktbezug

mail: rade.verlag@t-online.de

Telefon. : 03821 / 706452

postalisch: Detlef Mauch, Körkwitzer Weg 54a
18311 Ribnitz – Damgarten

Die Autoren legen eine auf eigene Erlebnisse beruhende Erzählung über die Arbeit einer Passkontrolleurin am Eisenbahn-Grenzübergang Gutenfürst vor, gewissermaßen erlebte Geschichten zur Geschichte. Die Darstellung bereichert durch die lebhaft erzählte Weise über Probleme und Belastungen, die auf den einzelnen Passkontrolleur zukamen und ihre subjektive Bewältigung – in diesem Fall durch eine Frau – unser heutiges Wissen über den Alltag in diesem Arbeitsbereich.

Die Erzählung ist erklärtermaßen zugleich den Frauen gewidmet, die im Ministerium für Staatssicherheit der DDR ihren Dienst versahen und verstärkt unseren Respekt ihnen gegenüber. Detlef Mauch ist zu danken, diesem Anliegen Raum geboten und dem Text zugleich mit seinen Zeichnungen und Skizzen bereichert zu haben. **H.B.**

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 26.09.2012

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 31.10.2012

Einstellung im Internet: 09.11.2012

Auslieferung: 15.11.2012

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00
IBAN: DE 43 1005 000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr sowie nach tel. Vereinbarung (030 29 78 43 15)

auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

